

PRESSEMELDUNG

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen:

Berlin (07. Januar 2026, Nr. 01/2026)

Stromausfall in Berlin zeigt Verwundbarkeit der pflegerischen Versorgung

Runder Tisch für alle, die pflegen legt Expertenpapier zum Bevölkerungsschutz vor

„Wenn der Strom ausfällt, geht es für viele pflegebedürftige Menschen um ihre Existenz, Sicherheit und Versorgung“, erklärt **Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats**. „Der massive Stromausfall in Berlin zeigt deutlich, wie schnell vertraute Pflegesituationen und das Leben ins Wanken geraten können.“

Der Deutsche Pflegerat dankt allen haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften, Hilfsorganisationen sowie den vielen Menschen, die in dieser Ausnahmesituation schnell, solidarisch und entschlossen geholfen haben. Ihr Engagement trägt dazu bei, akute Not zu lindern und Sicherheit zu geben. Vielen Dank für diesen großartigen Dienst an unserer Gemeinschaft! Ihr Einsatz ist unverzichtbar.

Der durch einen Anschlag verursachte Stromausfall ist absolut zu verurteilen. Angriffe auf kritische Infrastruktur treffen nicht abstrakte Systeme, sondern Menschen – insbesondere jene, die auf kontinuierliche Pflege, medizinische Technik und menschliche Unterstützung angewiesen sind. Der Schutz kritischer Infrastruktur ist damit auch eine Frage des Schutzes von Menschenwürde und Grundrechten. Eine bewusste Gefährdung dieser Versorgung ist in keiner Weise hinnehmbar.

Der Stromausfall im Berliner Südwesten hat den Alltag aller Betroffenen schlagartig verändert. Pflegebedürftige Menschen in ihren eigenen vier Wänden sowie Bewohnerinnen und Bewohner stationärer Pflegeeinrichtungen und ambulant betreuter Wohngemeinschaften stehen plötzlich vor grundlegenden Fragen und Ängsten: Ist Hilfe erreichbar und erreicht sie uns, wenn Strom nicht vorhanden, Kommunikation oder Mobilität eingeschränkt sind? Wie kann ich mich gegen die Kälte schützen? Funktionieren medizinische Geräte weiter? Bleiben Medikamente verfügbar? Muss ich meine gewohnte Umgebung und die Menschen, die mich pflegen und betreuen, verlassen?

Besonders deutlich wird die Belastung für Menschen in häuslicher Pflege und ihre pflegenden An- und Zugehörigen. In vielen Haushalten lag und liegt nach wie vor die Verantwortung plötzlich nahezu vollständig bei wenigen Personen – bei klirrender Kälte. Gleichzeitig wird auch jetzt in Berlin deutlich, dass Informationen zu individuellen Pflege- und Unterstützungsbedarfen in Krisenlagen oft nicht ausreichend verfügbar

bar sind und die Krisenkommunikation längst nicht alle erreicht. Gleiches gilt für Evakuierungs- und Schutzmaßnahmen, die spezifische pflegerische Bedarfe berücksichtigen müssen. Der Berliner Stromausfall ist ein Weckruf.

Der Stromausfall macht sichtbar, wie verletzlich auch Pflege und Betreuung wird, wenn Infrastruktur wegbricht. Elektrisch betriebene Hilfsmittel und Beatmungsgeräte, Heizungen, Essen, regelmäßige Medikamentengaben, Mobilität oder der Kontakt zu Pflegediensten sind unverzichtbar. Mobile Pflegeangebote, kurzfristige Unterstützungsstrukturen und barrierefreie Notunterkünfte für Pflegebedürftige tragen in solchen Situationen entscheidend dazu bei, Versorgungslücken zu vermeiden und die Not zu mindern. Sie sind Bestandteil eines wirksamen Bevölkerungsschutzes.

Berlin zeigt: Wirksamer Katastrophenschutz muss diese Lebensrealitäten berücksichtigen und er muss strukturell geregelt sein. Pflegebedürftige Menschen und ihre An- und Zugehörigen sind nicht nur schutzbedürftig, sondern tragen zusammen mit den beruflich Pflegenden die Versorgung im Alltag und in Krisen. Ihre Erfahrungen und Bedarfe müssen dort einbezogen werden, wo Entscheidungen getroffen werden – auch durch die systematische Einbindung pflegefachlicher Expertise in Krisenstäbe.

Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Pflegerat gemeinsam mit dem **Runden Tisch für alle, die pflegen** das Expertenpapier „Notwendigkeit der Einbindung pflegender An- und Zugehöriger in den Bevölkerungsschutz“ vorgelegt. Ereignisse wie der Stromausfall in Berlin zeigen, dass diese fachlichen Überlegungen kein theoretisches Konstrukt sind, sondern an realen Krisenerfahrungen gemessen und weiterentwickelt werden müssen.

Der Stromausfall erinnert daran, worum es im Kern geht: um Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, und um diejenigen, die diese Unterstützung leisten. Bevölkerungsschutz wird dann wirksam, wenn er diese Wirklichkeit ernst nimmt und kritische Infrastruktur bereits vor dem Katastrophenfall konsequent schützt.

[Download Positionspapier](#) „Notwendigkeit der Einbindung pflegender An- und Zugehöriger in den Bevölkerungsschutz“ – Empfehlungen des Expertengremiums Runder Tisch für alle, die pflegen

Ansprechpartner:in:

Christine Vogler

Präsidentin des Deutschen Pflegerats

Michael Schulz

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0151 650 617 86 | E-Mail: m.schulz@deutscher-pflegerat.de

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

Telefon: (030) 398 77 303 | Telefax: (030) 398 77 304

E-Mail: presse@deutscher-pflegerat.de | Internet: www.deutscher-pflegerat.de

Social Media DPR: [Instagram](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#) | [Bluesky](#)

Der Deutsche Pflegerat als Dachverband vertritt die geeinten Interessen der Berufsverbände und nicht die einzelnen Partikularinteressen der Verbände. Unterschiedliche Positionen und Meinungen einzelner Verbände können sichtbar sein und die Vielfalt der pflegerischen Profession widerspiegeln. Dieses berührt nicht die gemeinsamen Ziele und Intentionen des Deutschen Pflegerats.

Zum Deutschen Pflegerat e.V. (DPR):

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus 22 Verbänden die berufliche Selbstverwaltung. Seit 2003 handelt der Deutsche Pflegerat e.V. als eingetragener, gemeinnütziger Verein. Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens und Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen vertritt der Deutsche Pflegerat heute die insgesamt 1,7 Millionen Beschäftigten der Pflege. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerats.

Präsidentin des Deutschen Pflegerats ist Christine Vogler. Vize-Präsidentinnen sind Jana Luntz und Pascale Hilberger-Kirlum.

Mitgliedsverbände des DPR:

- Arbeitsgemeinschaft christlicher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen e.V. (ADS)
- AnbieterVerband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG)
- Bundes-Dekanekonferenz Pflegewissenschaft gem. e.V.
- Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe e.V. (BLGS)
- Bundesverband Geriatrie e.V. (BVG)
- Bundesverband Pflegemanagement
- Deutscher Hebammenverband e.V. (DHV)
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. (BeKD)
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V. (BFLK)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
- Deutsche Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege e.V. (DFPP)
- Deutsche Gesellschaft für Endoskopiefachberufe e.V. (DEGEA)
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF)
- Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin e.V. (DGP)
- Deutsche Gesellschaft für Pflegewissenschaft e.V. (DGP)
- Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
- Deutsches Netzwerk Advanced Practice Nursing & Advanced Nursing Practice (DNAPN) e.V.
- Initiative Chronische Wunden e.V. (ICW)
- Katholischer Pflegeverband e.V.
- Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. (VdS)
- Verband für Anthroposophische Pflege e.V. (VfAP)
- Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands e.V. (VPU)